

„Die Berner Menschenrechtskonferenz gescheitert“ in Frankfurter Allgemeine Zeitung
(28. Mai 1986)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 28.05.1986. Frankfurt.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_berner_menschenrechtskonferenz_gescheitert_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_28_mai_1986-de-79dc1810-cbb5-4b55-8923-752ea8a41997.html

Publication date: 19/09/2012

Die Berner Menschenrechtskonferenz gescheitert Einspruch Washingtons gegen das Schlußdokument

Forderungen des Westens im letzten Kompromißpapier nicht berücksichtigt / Fehlschlag nach sechs Wochen

E.L. BERN, 27. Mai. Zahlreiche Delegationen in Bern haben sich am Dienstag enttäuscht gezeigt, daß die sechswöchigen Beratungen ohne einen gemeinsam verabschiedeten Empfehlungskatalog an die nächste Helsinki-Folgekonferenz in Wien beendet worden sind. Dies wurde in den Schlußerklärungen während der letzten Plenarsitzung des Expertentreffens über menschliche Kontakte der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) deutlich. Einige westliche Delegationen wiesen darauf hin, wie nahe man einem solchen Dokument gewesen sei. Gleichzeitig hoben sie jedoch hervor, daß der vorgelegte Textentwurf zahlreiche Lücken hinsichtlich wichtiger Wünsche westlicher und neutraler Länder an ein solches Papier aufgewiesen habe. Zudem habe eine Reihe von Ostblockstaaten die Zeit während des Berner Treffens nicht dazu genutzt, ihren Verpflichtungen aufgrund schon bestehender KSZE-Vereinbarungen nachzukommen.

Die amerikanische Delegation hatte am Montagabend einem von den neutralen und nicht paktgebundenen KSZE-Teilnehmerstaaten vorgelegten Kompromißentwurf für ein gemeinsames Schlußdokument ihre Zustimmung verweigert, nachdem noch wenige Stunden zuvor in der Kontaktgruppe der dafür benötigte Konsens hergestellt worden war. Der unter schweizerisch-österreichischer Federführung ausgearbeitete Empfehlungskatalog an die Regierungen der KSZE-Länder hatte einige Vorschläge zur Verbesserung von Kontakten zwischen Personen und Institutionen der Teilnehmerstaaten enthalten. Der amerikanische Delegationschef Novak begründete die von seiner Regierung getroffene Entscheidung damit, daß dieses Dokument nicht den hohen Standard gehabt habe, den man an ein solches stelle. In seiner polemisch gehaltenen Abschlußerklärung warf der sowjetische Delegationsleiter Kaschlew den Vereinigten Staaten vor, mit ihrer „Denkweise eines Weltgendarmen“ ein Veto gegen den Willen der anderen Völker eingelegt zu haben und den KSZE-Prozeß abbrechen zu wollen.

Der westdeutsche Delegationschef Eickhoff hatte in seiner kurzen Erklärung gesagt, daß seine Delegation das in Bern entworfene Dokument „mit allen seinen Unvollkommenheiten gern mit nach Hause genommen“ hätte. Bis zuletzt hatte die westdeutsche Delegation an einige in den neutralen Entwurf eingegangene Empfehlungen die Hoffnung geknüpft, daß durch deren Aufnahme in ein solches Papier sich neue Möglichkeiten bei der Familienzusammenführung und bei Besuchsreisen eröffnen könnten. In früheren Erklärungen auf dem Berner Treffen hatte Eickhoff wiederholt darauf hingewiesen, daß eine große Zahl von in Osteuropa lebenden Deutschen, vor allem aber in der Sowjetunion, eine Familienzusammenführung mit ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland wünsche. Mehrere westliche Delegierte sagten nach dem Scheitern der Bemühungen um einen Konsens, daß die Annahme des Empfehlungskatalogs für die Anliegen der Bundesrepublik hätte vorteilhaft sein können.

Der amerikanische Delegationsleiter Novak begründete die ablehnende Haltung Washingtons zu dem Dokument mit den dort enthaltenen vagen Formulierungen. Wegen der offenkundig immer geringeren Übereinstimmung zwischen den Ansprüchen früherer Helsinki-Vereinbarungen und den Taten in den letzten Jahren habe man einen hohen Standard an ein solches Dokument stellen müssen.

Die amerikanische Delegation habe auf einen Konsens hingearbeitet und sich auch um Kompromisse bemüht. Die Ergebnisse hätten jedoch Lücken enthalten, die eine Einhaltung des Textes gefährdet hätten, so daß die Regierung in Washington schließlich das Papier als „zu dünn“ befunden habe. Die amerikanische Regierung nehme Worte ernst; in den Vereinigten Staaten gebe es jedoch ein Unbehagen über den wachsenden Graben im Helsinki-Prozeß zwischen Worten und deren Einhaltung. Als positive Seite des Berner Treffens bezeichnete Novak, daß im Umfeld der Beratungen etwa 1000 Personen nach jahrelanger Verweigerung durch östliche Staaten jetzt eine Familienzusammenführung zugesagt worden sei, eine gründliche Überprüfung über eine Einhaltung der schon früher geschlossenen Helsinki-Vereinbarungen stattgefunden habe und daß während des Berner Treffens zunehmend eine gemeinsame europäische Sprache gefunden worden sei.

Angriffe und Bedauern

Am Rande des Expertentreffens wurde am Dienstag von westlicher Seite darauf hingewiesen, daß einer der Hauptgründe für die amerikanische Konsensverweigerung darauf zurückzuführen sei, daß die Lösung einer großen Zahl von sowjetischer Seite zugesagter Fälle von Familienzusammenführung getrennter Ehepaare weiterhin ausstehe. Von 72 Fällen seien bis Konferenzende weiterhin erst drei Fälle gelöst worden. Bestritten wurden von amerikanischer Seite seit Montag abend kursierende Gerüchte, denen zufolge die Vereinigten Staaten die Zustimmung zu dem Dokumentenentwurf verweigert hätten, da darin nicht auch die Möglichkeit einer Familienzusammenführung von sowjetischen Juden mit ihren in Israel lebenden Verwandten erwähnt worden sei.

Der sowjetische Delegationsleiter Kaschlew behauptete, die Sowjetunion habe sich beim Berner Treffen „konsequent für eine gründliche, sachliche und ausgewogene Erörterung aller Aspekte der Frage der Entwicklung der Kontakte“ zwischen Parteien und Institutionen eingesetzt und das Erreichen konkreter Ergebnisse angestrebt. Unter Hinweis auf einen in Bern auch von westlicher Seite häufig erwähnten Gorbatschow-Ausspruch sprach Kaschlew von einer „neuen Philosophie“ und Denkweise, die die sowjetische Führung jetzt entwickle.

Ohne die Vereinigten Staaten namentlich zu nennen, warf er diesen vor, sie hätten mit einer „anderen Denkweise“ die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit gestrichen. Mit der Denkweise eines „Weltgendarmen“ habe man „aus weiter Ferne von Übersee“ den europäischen Völkern mit der Faust gedroht. Über „einfache Leute“ zu jammern — Kaschlew spielte damit auf einen häufig gebrauchten Ausdruck Novaks an — und die Öffnung aller Grenzen zu fordern bei gleichzeitiger Pershing-Stationierung seien die „Bestandteile dieser Philosophie der Heuchelei, die durch die Trägheit vom Kalten Kriege verursacht sei.

Zuvor hatte der britische Delegationschef Williams gesagt, das wirkliche Problem beim Scheitern des Berner Treffens seien nicht die Vereinigten Staaten oder ihre Skrupel gewesen, sondern, daß einige Länder in Osteuropa fortführen, zurückhaltend bei der Beachtung eingegangener Verpflichtungen in humanitären Fragen zu sein. Es sollte gar nicht erst nötig gewesen sein, nach Bern zu kommen und über das Recht von Menschen zu sprechen, mit ihren Ehepartnern und ihren Kindern vereinigt zu werden.

Der österreichische Delegationsleiter Torovsky bedauerte die amerikanische Konsensverweigerung in letzter Minute, gestand jedoch zu, daß auch Österreich sich vor allem „eindeutigere und wegweisende Aussagen zu den Familienkontakten, zu den Ausreisebestimmungen und zu den religiösen Kontakten“ in dem Schlußbericht gewünscht hätte.